

Der Fürst und der Wald

Bis zu ihrer Enteignung gehörten dem Geschlecht der Liechtensteiner unermessliche Ländereien im heutigen Tschechien. Nun flammt der alte Streit darüber neu auf

VON UWE RITZER

Eine Wasserleitung soll gebaut und ein Brunnen gebohrt werden. Letzterer auf einem Grundstück, als dessen Eigentümer im Grundbuch ein gewisser Franz Josef II. eingetragen ist, zu Lebzeiten Fürst von Liechtenstein. Also lässt der Bürgermeister des tschechischen Dorfes Tehovec im Januar 2007 auf Schloss Vaduz nachfragen, ob der Brunnenbau denn in Ordnung ginge. Selbstverständlich, antwortet das Liechtensteiner Fürstenhaus.



Hans-Adam II.

Wenn das Oberhaupt der Liechtensteiner Fürstenfamilie loslegt, geht es schon mal derb zu. Auf dem Höhepunkt des Steuerstreits mit Deutschland 2008 nannte der reichste Monarch Europas die Bundesrepublik „viertes Reich“.

In den folgenden Jahren stellt sich zur allgemeinen Überraschung heraus, dass es über Tehovec hinaus südöstlich von Prag knapp hundert Parzellen gibt, die urkundlich noch immer dem längst verstorbenen Fürsten von Liechtenstein gehören, insgesamt 600 Hektar und hauptsächlich Wald. Das kann aber eigentlich nicht sein, denn das Adelsgeschlecht mit dem einst riesigen Besitz im heutigen

Tschechien war nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet worden.

Und so entflammt die auf den ersten Blick harmlose Anfrage des Dorfbürgermeisters von Tehovec einen alten, ebenso spektakulären wie spannenden und verwinkelten Streit neu, der eigentlich längst beendet schien. Seit Mitte Juli liegt er beim Verfassungsgerichtshof in Brünn und vermutlich wird er in der Folge auch internationale Gerichte noch beschäftigen. Denn für alle Beteiligten geht es um sehr viel.

Dabei duellieren sich die reichsten Monarchen Europas und die Tschechische Republik. Vordergründig geht es um besagte 600 Hektar Wald. Doch wie durch ein Brennglas bündeln sich in dem Fall historische, völkerrechtliche, diplomatische und wirtschaftliche Konflikte. Es geht um Recht und Unrecht, um riesigen Besitz, Entschädigungsfragen und die für die Prager Regierung heikle Frage, ob ein folgenreicher Präzedenzfall geschaffen würde.

Rückblende, September 1938. Er sende „seiner Durchlaucht“ die herzlichsten Glückwünsche und erhoffe für ihn und seine Regierung großen Erfolg, schreibt der tschechische Staatspräsident Edvard Benesch an Franz Josef II. Der war kurz zuvor mit Familie und Gefolge aus dem immer unruhigeren Tschechien in das beschauliche Vaduz umgezogen und hatte dort die Regenschaft über Liechtenstein übernommen. Jenes winzige Fürstentum mitten in den Alpen, das den Namen seiner Familie trägt und seit 1806 als souveräner Staat völkerrechtlich anerkannt ist.

Den folgenden Weltkrieg verfolgen die neutralen Liechtensteiner als Zuschauer. Um danach aber in Tschechien als Deutsche behandelt zu werden. Die Machthaber in Prag nehmen Franz Josef II. und weiteren drei Dutzend Liechtensteiner 1945 ihre Schlösser, Fabriken, Ländereien und andere Besitztümer ab. Als Vehikel dient das berüchtigte Benesch-Dekret Nummer 12. In ihm wurde verfügt, alle Besitztümer von „Deutschen, Magyaren, Kollaborateuren und Verrätern“ seien zu einzuziehen. Prag erkannte Liechtenstein als noch dazu neutralen Staat nicht an – trotz Be-



Hoch über Vaduz thront das Schloss, von dem aus das Fürstenhaus von Liechtenstein das gleichnamige Land regiert. Die alpine Monarchie zählt 36 000 Untertanen und wurde als Steueroase nach dem Zweiten Weltkrieg eines der reichsten Länder Europas.

FOTOS: IMAGO, DPA

neschs Brief von Staatschef zu Staatschef sieben Jahre zuvor.

Nun wollen Liechtensteiner vor allem eines nicht sein: Deutsche. Am wenigsten die Fürstenfamilie und ihr amtierendes Oberhaupt Hans-Adam II., 72, der Sohn des 1989 verstorbenen Franz Josef II. Jahrzehntlang sorgten die Enteignungen für Ärger zwischen Prag und Vaduz, aber auch zwischen Deutschland und Liechtenstein.

Als die Tschechische Republik 2005 dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitrug, verweigerte die Regierung in Vaduz ein paar symbolische Tage lang die Zustimmung. Erst 2009 nehmen beide Länder diplomatische Beziehungen auf. Den Enteignungsstreit lagerten sie in eine Historikerkommission aus. Zwischendurch geriet auch Deutschland ins Fadenkreuz des streitbaren Hans-Adam II.

An einem Ölgemälde entzündet sich ein Grundsatzstreit. Es gehörte einst seiner Familie, tauchte 1991 aber als Leihgabe eines tschechischen Museums bei einer Ausstellung in Köln auf. Hans-Adam II. will es wiederhaben. In dem Zusammenhang wirft mal er, mal das Land Liechtenstein Deutschland in einer verwinkelten Argumentation vor, bei der völkerrechtlichen Anerkennung von Enteignungen von deutschem Auslandsvermögen auch das von Liechtensteiner eingerechnet zu haben.

Prozessiert wird durch alle deutschen Instanzen, den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und sogar den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Doch kein Gericht gibt Hans Adam II. recht. Finanziell kann er es verschmerzen; das Vermögen der in ihrem Fürstentum von allen Steuern befreiten Familie Liechtenstein wird dank globaler Geld-, Immobilien-, Kunst- und Agrargeschäfte heute auf knapp acht Milliarden Euro geschätzt und wäre damit zehnmal höher als jenes des britischen Königshauses. Und das, obwohl das Adelsgeschlecht im vergangenen Jahrhundert riesige Besitztümer in Böhmen und Mähren verloren hat.

Vom 13. Jahrhundert an waren die Liechtensteiner dort als treue Vasallen der Habsburger reich und mächtig geworden. Nach dem Ende der k. u. k. Monarchie wurden ihnen 1919 bei einer ersten Bodenreform 91 500 Hektar weggenommen. Bei der Enteignung 1945 verloren sie die restlichen 69 000 Hektar. Sie wehrten sich dagegen juristisch, blitzten aber 1951 bei einem bereits kommunistisch dominierten Gericht in Prag letztinstanzlich ab.

Der Fall schien endgültig erledigt, bis die besagten 600 Hektar auftauchten. Sie dienen dem Fürstenhaus nun als Hebel,

um das Thema Enteignungen erneut auf die völkerrechtliche und politische Tagesordnung zu setzen. Offenbar war nach 1945 vergessen worden, die Enteignung in den Grundbüchern der betroffenen Gemeinden umzusetzen. Durch die Anfrage aus Tehovec aufmerksam geworden, stufen tschechische Stellen zunächst die Fürst-von-Liechtenstein-Stiftung mit Sitz in Vaduz als rechtmäßige Erbin von Franz Josef ein. 2013 wird sie in allen betroffenen Grundbüchern als Eigentümerin der 600 Hektar eingetragen.

„Wir gingen davon aus, dass nun alles seinen regulären Gang geht“, sagt Maximilian Schaffgotsch, der Anwalt der Stiftung. Die begann, eine Forstfirma aufzubauen, um die 600 Hektar fortan zu bewirtschaften. „Wir suchten dafür sogar schon Leute“, sagt Schaffgotsch. „Mit einer Klage, oder dass das stalinistische Unrechtsurteil von 1951 noch einmal angewendet wird, rechneten wir nicht.“

Nicht die Durchlaucht, sondern der Forstverwalter soll unterschrieben haben

Doch genau das geschah. Die staatliche Forstverwaltung, die sich seit der Enteignung um die Flächen kümmerte, klagte 2014 gegen die vermeintlich neuen Eigentümer. Die Einträge in den Grundbüchern änderten „nichts daran, dass dem Erblaser das Eigentum auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik konfisziert worden ist“, argumentieren Staat und in der Folge auch tschechische Gerichte. Die Stiftung hält dagegen, die Flächen seien „niemals rechtsgültig konfisziert worden“, da die Benesch-Dekrete auf Franz Josef II. und überhaupt auf keinen Liechtensteiner hätten angewendet werden dürfen. Vor allem der Fürst habe „nie der deutschen Nation angehört“, oder sich dazu bekannt.

Nun existiert aber der Erfassungsbogen einer Volkszählung von 1930 aus Groß Ullersdorf, wo Franz Josef II. bis zum Umzug nach Vaduz 1938 residierte. Hinter seinem Namen ist in der Spalte „Nationalität“ per Hand „deutsch“ eingetragen worden. Nur von wem?

Der Fürst sei zur fraglichen Zeit nicht im Land gewesen, behauptet die Stiftung. Und die Unterschrift unter dem Zählbogen sei außerdem nachweislich nicht seine, sondern die eines Forstverwalters.

Der Zählbogen wurde von tschechischer Seite als Beweis für das Deutsch-Bekenntnis der Liechtensteiner herangezogen. Im 600-Hektar-Streit entschieden die Gerichte durch drei Instanzen, die Enteignung 1945 sei unumstößlich und wirke nach. Damit würden die umstrittenen Benesch-Dekrete heute noch einmal angewendet, kritisiert das Fürstenhaus. Man könne die Liechtensteiner doch nicht weiter „mit den Benesch-Dekreten durch das Land prügeln“, sagt Anwalt Schaffgotsch. Und außerdem: „Die Legende von den angeblich deutschen Liechtensteiner muss endlich begraben werden.“

Die Prager Position sei „gänzlich unhaltbar“, erklärte auf Anfrage auch die gewählte Regierung in Vaduz. Sie springt dem Staatsoberhaupt bei, in dessen „fundamentale Rechte“ man eingreife. „Durch sein Vorgehen in dieser Sache“ lasse Tschechien den Respekt gegenüber der Eigenstaatlichkeit Liechtensteins vermissen.

So belastet der 600-Hektar-Streit die ohnehin fragilen Beziehungen. In Prag herrscht Angst vor einem Präzedenzfall. Gewinne das Fürstenhaus den Streit, könnte es Anspruch auf den kompletten ehemaligen Besitz anmelden, so die Befürchtung. Schaffgotsch weist dies zurück. Seine Mandatschaft wolle keine weiteren juristische Auseinandersetzungen, sagt er. „Sie will über Gespräche zu für beide Seiten verträglichen Lösungen kommen.“

Willkommen in der Energiefreiheit

e.on

Wir bieten Lösungen, die volle Freiheit geben: Jetzt mit E.ON Drive überall in Deutschland Strom tanken. Zu Hause mit E.ON Plus z. B. smarte Lichtlösungen genießen. Und mit der E.ON SolarCloud die Kraft der Sonne virtuell speichern und jederzeit nutzen.

Mehr auf eon.de

KURZ GEMELDET

Einstieg bei Air France-KLM

Singapur – Air France-KLM forciert mit einem milliardenschweren Geflecht aus Querverbindungen die Kooperation mit Partner-Airlines. Ziel ist eine Stärkung der Präsenz auf Transatlantik-Flügen und ein Ausbau der Routen nach China. Dazu arbeitet der französisch-niederländische Lufthansa-Rivale künftig enger mit der US-Fluggesellschaft Delta Air Lines und der britischen Virgin Atlantic auf Routen über den Atlantik zusammen: Zwei überlappende Gemeinschaftsunternehmen für diese Strecken werden zu diesem Zweck verschmolzen, und Air France-KLM kauft einen Virgin-Anteil von 31 Prozent. Zudem steigen Delta und China Eastern Airlines mit je zehn Prozent bei Air France-KLM ein. REUTERS

UBS-Gewinn steigt

Zürich – Die Schweizer Großbank UBS hat dank eines anziehenden Geschäfts in der Vermögensverwaltung im zweiten Quartal mehr verdient. Unter dem Strich stand von April bis Juni ein Gewinn von 1,2 Milliarden Franken – das sind 14 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wie das Institut am Freitag mitteilte. Analysten hatten durchschnittlich nur mit 879 Millionen Franken gerechnet. Für das Gesamtjahr gab sich UBS verhalten optimistisch: Die lange Zeit zurückhaltenden Kunden seien mittlerweile wieder aktiver. Ein Fortbestehen der starken Volatilität und der saisonale Effekte könnten die Kundenaktivität jedoch weiterhin beeinträchtigen. REUTERS

Tolerantes Textil-Bündnis

Berlin – Das deutsche Textil-Bündnis, das die Umwelt- und Arbeitsbedingungen der Industrie weltweit verbessern will, drückt zum Start mehrere Augen zu. 22 der 129 Mitglieder haben zwar keine plausiblen Aktionspläne vorgelegt, dürfen aber dennoch an Bord bleiben. Das Sekretariat des Bündnis begründete das mit Startschwierigkeiten – es handle sich um „ein lernendes System“. So seien einige Firmen schon jetzt so vorbildlich, dass sie sich kaum noch höhere Ziele setzen könnten; für andere sei das Raster möglicher Maßnahmen zu eng gewesen. 129 Bündnispartner sollen nun mit konkreten Vorhaben für mehr Umweltschutz und bessere Arbeitsbedingungen in den Fabriken sorgen. Externe Experten sollen die Fortschritte überprüfen, und die Firmen sollen sich jedes Jahr höhere Ziele setzen. So entstehe ein „Schneeball-Effekt“, heißt es im Bündnissekretariat. Allerdings sorgen die vielen Ausnahmen für unzureichende Aktionspläne auch für einigen Unmut. Wenn weniger als die Hälfte des Marktes erfasst seien, sei ein freiwilliges System nicht ausreichend, hieß es aus Kreisen des Bündnisses. Zuvor waren 40 weitere Unternehmen ausgestiegen oder wurden ausgeschlossen, darunter Firmen wie Trigma, Ernesting's Family, van Laack, Walbusch oder Engbers. MIBA

US-BIP legt nur maßvoll zu

New York – Die US-Wirtschaft hat sich im Frühjahr von der Schwächephase zu Jahresbeginn wieder erholt. Zwischen April und Juni legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einer auf das Gesamtjahr hochgerechneten Rate von 2,6 Prozent, wie das Handelsministerium mitteilte. Manche Experten hatten vor Wochen allerdings noch mit einem Zuwachs von bis zu vier Prozent gerechnet, weshalb die Bekanntgabe der Zahlen jetzt zwar für eine gewisse Beruhigung, nicht aber für Euphorie sorgte. Im ersten Quartal war das BIP nur um 1,2 Prozent gestiegen. Präsident Donald Trump strebt Wachstumsraten von drei bis vier Prozent an, was die meisten Fachleute aber für unrealistisch halten. HUL

Adidas begeistert Anleger

München – Reißender Absatz von Turnschuhen und Sportkleidung stimmt Adidas noch optimistischer als bisher. Im zweiten Quartal verdiente Adidas operativ mit 505 Millionen Euro 18 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Der Umsatz im fortgeführten Geschäft stieg um 20 Prozent auf fünf Milliarden Euro. Vorstandschef Kasper Rorsted erwartet nun ein Umsatzplus von 17 bis 19 Prozent – jeweils fünf Prozentpunkte mehr als bisher geplant. Der Gewinn soll mit 26 bis 28 Prozent sogar etwa doppelt so stark steigen, wie das Unternehmen mitteilte. Adidas-Anleger waren begeistert: Der Aktienkurs stieg um 9,4 Prozent in die Höhe und erreichte mit 193,70 Euro ein Allzeithoch. REUTERS

